

Gefährdet



Elke Gundel
über Bremens Hochschulen

Positive Nachrichten aus Bremen sind selten. Wer aus der Perspektive eines Menschen, der in Hamburg, Frankfurt oder München lebt, auf die Hansestadt blickt, sieht nicht vieles, was glänzt. Die Stadtmusikanten, das Rathaus, der Marktplatz. Aber sonst? Werder Bremen bereitet Sorgen, die finanzielle Lage sowieso.

Eine öffentliche Erfolgsgeschichte sind die Hochschulen. Gestartet einst als Schmutzdelinquent, mit dem die anderen aus dem Wissenschaftsbetrieb nichts zu tun haben wollten, ist die Bremer Universität 2006 wie Phönix aus der Asche in den Kreis der zehn deutschen Exzellenz-Anwärter aufgestiegen. Seitdem hat sie ihren Platz in der Champions League der deutschen Universitäten verteidigt, obwohl ihr Etat nicht einmal konkurrenzfähig ist. Und die Hochschule in Bremerhaven gehört zu den Aushängeschildern der Seestadt.

Grund genug also für die Bremer Politik, um die Hochschulen zu hegen und zu pflegen. Das kostet Geld. Dennoch führt kein Weg daran vorbei, stärker in die wissenschaftlichen Einrichtungen zu investieren. Sonst droht wie bei Werder der Abstieg.

Bericht Seite 1
elke.gundel@weser-kurier.de

Lange Bank



Peter Voith
über den Islamvertrag

Keine zwei Monate ist es her, da ließ es noch, der Staatsvertrag Niedersachsens mit den muslimischen Verbänden werde in Kürze unterzeichnet. Alle Politiker, von CDU bis Grün, zeigten sich zufrieden. Dann kam der misslungene Militärputsch in der Türkei und als Reaktion Präsident Erdogans Gleichschaltungspolitik. Dass der CDU da mullig wurde, zumal ja auch die Imame in Niedersachsen von der türkischen Religionsbehörde finanziert werden, mag man verstehen.

Dass nun auch SPD und Grüne den Islamvertrag auf die lange Bank schieben wollen, ist da schon bemerkenswerter. Man brauche doch noch etwas Zeit, man müsse sich der Unabhängigkeit der muslimischen Verbände von der Türkei sicher sein. Hallo? Allein das Vorhandensein einer türkischen Religionsbehörde sagt etwas über das Verhältnis von Staat und Religion aus. Das war vor dem versuchten Putsch nicht anders.

Ehrlicher wäre es zuzugeben: In Zeiten eines machtbesoffenen und unberechenbar agierenden Erdogan ist ein Staatsvertrag mit Muslimen öffentlich nicht vermittelbar. Schon gar nicht vor Kommunalwahlen, und danach auch nicht. Denn rund 15 Monate später sind schon Landtagswahlen.

Bericht Seite 14
peter.voith@weser-kurier.de



Harm Bengen

Die rote Linie ist schon lange nicht mehr rot



Birgit Svensson
über den Einsatz von Giftgas in Aleppo

Der Gebrauch von Giftgas sei eine rote Linie, sagte US-Präsident Barack Obama vor drei Jahren in Richtung Damaskus. Sollte heißen: Wenn Baschar al-Assad diese überschreite, habe er mit erheblichen Konsequenzen zu rechnen. Der Diktator lenkte wohl auf russischen Druck ein und stimmte der Vernichtung aller Chemiewaffen und Produktionsstätten zu. Überwachen sollte dies die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW), die vorsorglich schon mal den Friedensnobelpreis erhielt. Assad war plötzlich kein Kriegsverbrecher mehr, sondern „nur“ noch ein großer Schurke, wie ihn auch schon George W. Bush zu seinen Amtszeiten bezeichnete.

Damit reiht sich der Syrer nun ein in die Reihe jener Schurken der Region, die ebenfalls nicht zimperlich mit der eigenen Bevölkerung umgehen und jeglichen Widerstand brutal niederschlagen. Mit ihnen reden die westlichen Länder seit Langem, Menschenrechte sind dabei immer seltener ein Thema. Mehr noch: Saudi-Arabien und Ägypten rüsten derzeit mit Hilfe von Deutschland, Frankreich und den USA massiv auf, um noch effektiver gegen ihre Gegner vorgehen zu können.

Auch der Herrscher über ein Schrumpf-Syrien wird bald wieder hoffähig sein. Es bleibt abzuwarten, wann der erste westliche Regierungsvertreter dem Palast in Damaskus seine Aufwartung macht. Der Brandstifter wird zum Feuerwehrmann, der Schlichter biederlich als Bezwinger des Chaos in einer Region in Flammen an.

Die Welt schaute weg, als wieder Chemiewaffen in Syrien eingesetzt wurden. Wenn Assads Truppen und die sie unterstützenden Russen Geländeverluste verzeichneten, kamen Gas, massive Luftangriffe und ein Vorstoß regierungstreuer Milizionäre, die als Söldner angeheuert werden, um die immer weiter schrumpfende syrische Armee aufzustocken. In den vergangenen Monaten hatte die OPCW mehrmals den wiederholten Einsatz von Sarin, Senfgas und Chlorgas in Syrien beklagt, wobei Chlor zwar giftig ist, aber nicht als Chemiewaffe gilt. Sein Einsatz als Waffe jedoch ist nach internationalem Recht verboten. Doch

Die Welt schaute weg, als wieder Chemiewaffen eingesetzt wurden.

weder Moskau noch Damaskus scheren sich darum. Am Mittwoch soll nun erneut Giftgas aus der Luft abgeschossen worden sein. Dieses Mal im erbitterten Kampf um Aleppo, nachdem die Rebellen den Belagerungsring der Regierungstruppen durchbrachen und diese zurückdrängten.

Nach Angaben eines Krankenhauses sollen bei dem Angriff auf ein von Rebellen gehaltenes Viertel vier Menschen getötet worden sein. Weitere 55 hätten Verletzungen der Atemwege erlitten, sagte der Chef des Al-Kuds-Hospitals, Hamsa Chatib. Die Behälter mit dem Gas, bei dem es sich vermutlich um Chlor handelte, seien zusammen mit Fassbomben abgeworfen worden. Chatib sagte, er habe Kleidungsstücke und Bombenteile als Beweismittel aufgehoben. Der Syrische Zivilschutz,

ein unparteiischer Rettungsdienst aus Freiwilligen, verzeichnete nach eigenen Angaben drei Tote und 22 Verletzte durch einen Gasangriff auf das Viertel Subdija, das unter Rebellen-Kontrolle ist. Auch die Helfer gehen davon aus, dass es sich um Chlor handelt.

Der Sondergesandte der Uno, Staffan de Mistura, spricht von einem Kriegsverbrechen, sollten sich die Hinweise auf einen Gasangriff bestätigen. Doch hört ihm wirklich noch jemand zu? Worte ohne Konsequenzen wurden in dem über fünf Jahre andauernden Bürgerkrieg in Syrien so viele gesagt, wie Opfer zu beklagen sind.

Dass Barack Obama jetzt so ruhig bleibt, ist nicht nur dem Wahlkampf und den letzten Wochen seiner Amtszeit zu schulden. Die Amerikaner interessieren sich schlicht nicht für das Schicksal Aleppos. Denn dort sind zwar Assads Regierungstruppen, Rebellenorganisationen und die Kurden zugange, aber kaum die Terrormiliz Daesch. Längst hat sich Washington von dem Ziel verabschiedet, Assad müsse weg. Inzwischen gilt einzig die Doktrin, Daesch müsse besiegt werden. Mit dieser Engstirnigkeit sind Amerikaner und Briten 2003 in den Irak einmarschiert, ohne einen Plan für den Tag danach. Mit derselben Engstirnigkeit werden jetzt zielgenau Daesch-Stellungen bombardiert, bis die Dschihadisten vertrieben oder getötet sind und ihr Staat nicht mehr existiert. Doch was danach kommt, weiß niemand.

politik@weser-kurier.de

Daesch

Der WESER-KURIER verwendet den Begriff „Islamischer Staat“ nicht, weil diese Terrorgruppe weder religiös motiviert noch ein Staat ist. Wir sprechen wie ihre Gegner von Daesch.

Kölner Stadt-Anzeiger

über Donald Trump: „Donald Trump hat gerade die Möglichkeit seines Scheiterns eingeräumt. Es werde funktionieren, sagte Trump. ‚Oder ich werde einen sehr sehr schönen langen Urlaub haben.‘ Seiner Meinung nach ist das eigentlich nicht möglich. Und hat er nicht ein Intelligenz-Feuerwerk gezündet? Trump hat über einen Dritten Weltkrieg mit Russland fabuliert. Eine Äußerung zum Waffenrecht konnte als Gewaltaufruf gegen Hillary Clinton verstanden werden. Er enthüllte, US-Präsident Obama sei Gründer des IS. Wie kann da noch etwas schiefgehen? Die einzige Möglichkeit für Trump: Wenn er verliert, war die Wahl gefälscht.“

Stuttgarter Zeitung

zum selben Thema: „Für die US-Republikaner muss es sich derzeit anfühlen, als säßen sie in einem Zug, der mit hohem Tempo auf eine Klippe zurast. Aussteigen können sie nicht, denn der Lokführer findet die Bremsen nicht, weil er damit beschäftigt ist, via Twitter sein nächstes Opfer zu beschimpfen. Sie sind Gefangene eines Kandidaten, mit dem sie sich eben erst mühsam arrangiert haben, nachdem sie ihn nicht verhindern konnten.“

Die Welt

über die Bombenserie in Thailand: „Dass der Terror auch gegen Touristen so schnell wieder verschwindet, wie er über die Welt hereingebrochen ist: Man darf es wohl für die absehbare Zeit ausschließen. Eher zu erwarten ist, dass Einzeltäter und gewaltbereite Gruppen, die mit Islamismus oder auch nur mit Religion im Allgemeinen eigentlich gar nichts zu tun haben, sich vom Terror à la IS inspirieren lassen.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

WESER-KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Heide Wagner - Bremen:
André Fesser (komm.) - Wirtschaft: Philipp Jaklin - Kultur:
Iris Hetscher - Sport: Marc Hagedorn - Regionalleitung: Peter Voith
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt, Harald Laube
Leiter Zentralredaktion: Markus Peters - Leiter Sonderthemen:
Stefan Dammann - Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Miodoch - Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 70.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags
von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungs-
häuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: 04 21 / 36 71 10
Telefon: 04 21 / 36 71 1000

Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 77
E-Mail: abonmentenservice@weser-kurier.de
abonmentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800 / 36 71 222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 04 21 / 36 71 10
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21 / 36 71 66 55
Telefax: 04 21 / 36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21 / 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Herbert Behrens über den Bundesverkehrswegeplan

Der Plan blendet mit großen Zahlen: Fast 270 Milliarden Euro sollen in den Erhalt, den Ausbau und Neubau von Straßen, Schienenwegen und Bundeswasserstraßen fließen; allein 1098 Straßenprojekte stehen im Bundesverkehrswegeplan (BVWP), von denen 840 Neubau beziehungsweise Teil-Neubauten sind, 6124 Straßenkilometer sollen am Ende neugebaut oder ausgebaut sein.

Klimaschutzziele, Senkung der Zahl der Verkehrstoten und im Verkehr Verletzten, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene? Fehlanzeigen. Es ist schier zum Verzweifeln, mit welcher Ignoranz die verkehrspolitischen Fragen, die immer

auch umweltpolitische Fragen sind, angegangen werden.

Das hat zwar zu zaghaften Einwänden der Umweltministerin Hendricks geführt, aber die wurden schließlich vom kleinen Partner in der Großen Koalition nicht weiter verfolgt. Hendricks' Aktionsprogramm Klimaschutz wird im BVWP überhaupt nicht erwähnt. Stattdessen viel Eigenlob der Koalitionäre zu dem Werk, das die Verkehrspolitik in den kommenden Jahrzehnten prägen wird.

Aber auch die vom Verkehrsminister erklärten Ziele werden nicht eingehalten: Es sollte eine Beteiligung der Öffentlichkeit geben. Daraus wurde eine sechswöchige Frist für Stellungnahmen zum hochkomplexen BVWP und dem Umweltbericht. Die gesundheitsgefährdenden Luftschadstoffe wurden trickreich runtergerechnet. Das Umweltbundesamt (UBA) moniert, dass „trotz der Zunahme der

Luftschadstoffemissionen“ die Bewertung zu einem positiven Umweltnutzen von 1,216 Milliarden Euro komme. Die Kosten für lärmindernde Maßnahmen werden ebenfalls runtergerechnet, wodurch das Nutzen-Kosten-Verhältnis zugunsten eines Bauprojekts verschoben wird. Weitere Beispiele: Das verfehlt Ziel, die Flächenversiegelung zu begrenzen, das Umgehen der Neubewertung von Projekten. Das UBA betont, dass bei elf von zwölf Umweltkriterien das Ziel „verfehlt oder sogar deutlich verfehlt“ werde. Frech schreibt der Verkehrsminister: „Gleichwohl stellt die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur nicht in erster Linie eine Maßnahme des Natur- und Umweltschutzes dar.“

Und so ist es nur konsequent, dass Alternativen zum Straßenneubau erst gar nicht in Überlegungen für eine menschenfreundliche Verkehrsinfrastruktur einbe-

zogen wurden. So wäre es möglich gewesen, durch Verkehrsverlagerungen im motorisierten Individualverkehr und beim Güterverkehr auf der Straße fünf bis zehn Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einzusparen. Meine Fraktion hat im April gefordert, den Entwurf des BVWP zurückzuziehen. Der vom Kabinett jetzt beschlossene Plan macht dies noch dringender.



Unser Gastautor
wurde 1954 in Osterholz-Scharmbeck geboren. Der Schriftsetzer, Diplom-Soziologe und frühere Verdi-Gewerkschaftssekretär ist Obmann der Linksfaktion im Bundestag. Er ist Mitglied bei Attac, AWO und dem BUND.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Klimapolitik trickreich umgangen